

## Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken

**Der Befund des neuen Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) der Bundesregierung zu den Lebenslagen in Deutschland fordert eine sozialdemokratische Antwort.**

**Die Einkommensverteilung klafft so weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Ursache ist die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung der Tarifautonomie.**

**Aber auch Bund und Länder werden in den letzten Jahren immer weniger ihrer Aufgabe gerecht, durch eine entsprechende Finanz-, Steuer-, Vermögensbildungs- und Sozialpolitik die Einkommen je nach sozialer Belastbarkeit und zum Wohle der Allgemeinheit umzuverteilen.**

Das alles führt dazu, dass:

- **die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht,**
- **die Angst der Mittelschicht vor Armut wächst und**
- **die Aufstiegsmöglichkeiten geringer werden, weil die Eliten sich zunehmend abschotten.**

### **Vermögensverteilung und Armutsrisiko**

Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich vor allem in der Verteilung der Vermögen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen (laut 3. Armuts- und Reichtumsbericht besitzen 50% der Bevölkerung lediglich 2% des Vermögens). Andererseits verfügen die wohlhabendsten 10% der Haushalte über mittlerweile fast 60% des gesamten Vermögens (2. ARB: 46,5%). So steigerten allein die 300 reichsten Deutschen im letzten Jahr ihre Vermögen um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro.

Das Armutsrisiko lag im 1. ARB bei 12,1%, im 2. ARB bei 13,5% und im 3. ARB bei 18% (SOEP). Für Kinder ist das Armutsrisiko von 15% im Jahr 2003 auf 26% im Jahr 2005 (SOEP) angestiegen.

### **Beschäftigungssituation**

Zwar ging die Arbeitslosenquote zurück (von 13% in 2005 auf 10,1% in 2007), die Armutslohne nahmen allerdings zu. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich lag 2005 bei 36,4%. Ursache hierfür ist die massive Ausweitung des Niedriglohnsektors. Prekäre Beschäftigung drückt auf das allgemeine Lohnniveau (Lohndumping).

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist stetig gesunken: Von 19.255 Euro im Jahr 2002 auf 18.778 Euro im Jahr 2005.

Gleichzeitig kam es zu einer stark gestiegenen Spreizung der Lohneinkommen zwischen den Armutslohnen einerseits und Managergehältern andererseits.

Die Kaufkraft sinkt (Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Kraftstoff und Energie), die Mittelschicht schrumpft.

**Diese Entwicklung, die im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aufgezeigt wird, müssen wir umkehren. Politische Entscheidungen der vergangenen Jahre, die diese Entwicklung bewirkt bzw. verstärkt haben, müssen korrigiert werden. Klar muss sein: Die SPD ist die einzige Partei, die die Kraft und den Willen hat, Armut in Deutschland zu bekämpfen und Aufstiegschancen zu garantieren.**

Nach der Statistik, die im 1. und 2. ARB angewandt wurde (SOEP: Sozio-ökonomisches Panel), liegt die Einkommensarmutsrisikoquote 2005 bei 18% (2003: 13,5%) und ist die Armutsrisikoquote für Kinder auf 26% gestiegen (2003: 15%).

Die Daten, die im 3. ARB nach der Methode EU-SILC (Community Statistics on Income and Living Conditions) erhoben wurden, zeigen eine nicht ganz so negative Bilanz, sind aber nicht vergleichbar. In der Öffentlichkeit darf nicht der Eindruck entstehen, die SPD würde im 3. ARB die Ergebnisse beschönigen.

## Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken

### **Durch sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik**

- Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns.
- Beschränkung von Leiharbeit und Abschaffung der Befristung ohne Sachgrund.
- Gleiche Rechte für LeiharbeiterInnen und Stammbeschaft.
- Begrenzung der Höchststundenzahl im Rahmen eines Minijobs auf 15 Stunden, Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse oberhalb einer Bagatellgrenze in die Sozialversicherungspflicht.
- Gesetzliche Regelung für Praktikanten/Praktikantinnen.
- Umwandlung der 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- Ausbau von Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, insbesondere im vorschulischen und schulischen Bereich (Ganztagseinrichtungen mit qualifiziertem Personal).

### **Durch sozialdemokratische Bildungsoffensive**

- Recht auf Bildung für alle.
- Flächendeckendes und gebührenfreies Angebot von Ganztagesbetreuungsangeboten und Ganztagschulen.
- Längeres gemeinsames Lernen: Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems.
- Gebührenfreiheit des Erststudiums und Eintreten für ein angemessenes BaföG.
- Weiterentwicklung des Übergangssystems – qualifizierte Abschlüsse statt Warteschleifen.
- Stärkung der Weiterbildung.

### **Durch einen starken Sozialstaat**

- Entwicklung der Rente zu einer universalen Sozialversicherung (orientiert am Schweizer Modell): Alle zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ein, aus allen Einkommensarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze. Mindestrente bei langjähriger Beitragszahlung oberhalb des Niveaus der Grundsicherung und Deckelung der Rentenhöhe. Zusätzlich obligatorische Betriebsrente. Zurücknahme der Rente mit 67.
- Fortführung der Altersteilzeitregelung und Einführung einer Altersgleitzeitregelung (flexible Übergänge ins Rentenalter). Teilrente attraktiv machen.
- Entwicklung der Krankenversicherung / Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen und Finanzierung eines höheren Anteils aus Steuermitteln. Zurücknahme der Zuzahlungen und Praxisgebühren im Gesundheitswesen und Aussetzung des Gesundheitsfonds.
- Anhebung der Hartz IV-Regelsätze und Einführung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder, Ausweitung der einmaligen Bedarfe, deutliche Anhebung des Vermögensfreibetrages.

### **Durch gerechte Steuern**

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer, weil bereits ein Vermögenssteuersatz von 1% zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden Euro führen würde (bei einem Freibetrag von 500.000 Euro), die für Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung verwendet werden.
- Ausgestaltung der Erbschaftssteuer mit dem Ziel eines Aufkommens von wenigstens 10 Mrd. Euro, bei hohen Freibeträgen für Ehegatten und Kinder.
- Steuerwettbewerb begrenzen durch Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts und Gewährleistung von Mindeststeuersätzen auf europäischer Ebene, um die Steuerzahlung internationaler Unternehmen zu sichern.
- Steueroasen trocken legen: Verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung bei Betriebsprüfungen sowie Steuerfahndung durch die Länder und Erhöhung des politischen Drucks auf internationaler Ebene.
- Neujustierung der Progression bei der Einkommenssteuer. Die unteren und mittleren Einkommen müssen entlastet, höchste Einkommen stärker belastet werden.
- Wiedereinführung einer Entfernungspauschale mit einer spürbaren sozialen Komponente.
- Neuorientierung des Familienleistungsausgleichs: Vom Ehegattensplitting zu kinderbezogenen Leistungen.

## **Aufruf: Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken**

Für eine sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik – für eine sozialdemokratische Bildungsoffensive – für einen starken Sozialstaat – für gerechtere Steuern.

**Die SPD ist die einzige Partei, die die Kraft und den Willen hat, Reichtum zu nutzen, Armut zu bekämpfen und die Mittelschicht zu stärken. Über gerechtere Steuern und eine sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir eine Bildungsoffensive und einen starken Sozialstaat finanzieren.**

### **Erstunterzeichner/Innen:**

Klaus Barthel, MdB; Thomas Beyer, MdL, stellv. Vorsitzender Landtagsfraktion, Vorsitzender AWO Bayern; Rainer Bliesener, DGB-Landesvorsitzender BW; Willi Brase, MdB; Leni Breymaier, Bezirksvorsitzende Ver.di BW; Marco Bülow, MdB; Martin Burkert, MdB; Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB; Bernd Dreute, BR-Vorsitzender Krombacher Brauerei; Hartwig Durt, Gewerkschaftssekretär, Siegen; Prof. Dr. Dieter Eißel, Uni Gießen; Peter Falk, Vorsitzender Bezirkstagsfraktion Oberbayern; Udo Gebhardt, DGB-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt; Renate Gradistanac, MdB; Gernot Grumbach, MdL, stellv. Landesvorsitzender Hessen; Wolfgang Gunkel, MdB; Rita Haller-Haid, MdL, Tübingen; Günter Hensch, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Siegen; Dierk Hirschel, DGB; Wolfgang Jörg, MdL, Vorsitzender UB Hagen; Herbert Kastner, Betriebsratsvorsitzender; ThyssenKrupp, Bochum; Klaus Kirschner, MdB a. D.; Stefan Körzell, DGB-Gewerkschaftssekretär; Bärbel Kofler, MdB; Andrea Kocsis, Bundesvorstand Ver.di; Lothar Krauß, Vorsitzender Gewerkschaft Transnet; Wolfgang Kreißl-Dörfler, MdEP; Georg Kronawitter, Oberbürgermeister a. D.; Helga Lopez, MdB; Hanjo Lucassen, DGB-Landesvorsitzender Sachsen; Udo Lutz, AfA-Vorsitzender BW, Betriebsrat bei Bosch/Stuttgart; Lothar Mark, MdB; Claus Matecki, DGB-Bundesvorstand; Hilde Mattheis, MdB; Margret Mönig-Raane, Bundesvorstand Ver.di; Albrecht Müller, MdB a. D., Journalist; Detlef Müller, MdB; Dietmar Muscheid, DGB-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz; Wolfgang Otto, Betriebsratsvorsitzender ThyssenKrupp; Gerold Reichenbach, MdB; Sigrid Reihls, Landessozialpfarrerin Evangelische Kirche Westfalen; René Röspel, MdB; Christine Rudolf, MdL BW; Adelheid Rupp, MdL, AsF-Vorsitzende Bayern; Armin Schild, Gewerkschaftssekretär IG Metall; Horst Schmidbauer, MdB a. D., Parteiratsmitglied; Guntram Schneider, DGB-Vorsitzender NRW; Paul Schobel, Betriebsseelsorger, Böblingen; Ottmar Schreiner, MdB; Lothar Schröder, Bundesvorstand Ver.di; Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB a. D.; Andreas Steppuhn, MdB; Jella Teuchner, MdB; Rüdiger Veit, MdB; Gerold Vogel, Vorsitzender Europäischer Betriebsrat ThyssenKrupp AG; Eberhard Weber, Gewerkschaftssekretär, Dortmund; Jürgen Weiskirch, Bezirksgeschäftsführer Ver.di, Siegen; Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender IG Bau; Ludwig Wörner, MdL, AfA-Vorsitzender Bayern; Uta Zapf, MdB.

**Die Forderungen des Aufrufs sind Grundlage für Anträge zum Wahl- und Regierungsprogramm. Weitere Informationen können abgerufen werden auf den Internetseiten von Klaus Barthel MdB, Hilde Mattheis MdB, René Röspel MdB, Ottmar Schreiner MdB, Rüdiger Veit MdB.**

## Weitere Unterzeichner/innen:

Friedrich Adger, Spandau; Dr. Lale Akgün, MdB; Michael Altmann, AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd; Ortwin Anders, AfA Darmstadt; Thomas Asböck, Juso-Landesvorsitzender Bayern; Beate Augustin-Heinig; Jörg Bairischer; Bernd Banschkus, Vorsitzender Kreisverband Olpe; Anett Baron, Schöneberg, Ver.di; Regine Barth; Roswitha Bausch; Franziska Becker, Charlottenburg-Wilmersdorf; Rolf Blettermann; Christian Bodem, AfA Kreisverband Lippe; Lothar Bödeker, Dortmund; Clemens Bollen, MdB; Aziz Boszkut, Friedrichshain-Kreuzberg; Carla Boulboulle, GEW; Marco Brähler, Spandau; Stefan Brangs, MdL, Sachsen, Parlamentarischer Geschäftsführer; Ulrike Breth; Dietrich Buchholz; Kerstin Bunz, ver.di Rheinland; Julian Christ; Michael Clivot, stv. Juso-Bundesvorsitzender; Peter Conradi, MdB a. D.; Manuela Damm-Pick; Günter Dern, AfA Kreisverband Recklinghausen; Robert Drewnicki, Charlottenburg-Wilmersdorf; Heinrich Echterdiek, AfA Kreisverband Lippe; Katrin Ehrlich; Ursula Engelen-Kefer; Bernd Fiedler, stellv. Landesvorsitzende der AfA NRW; Silke Fischer, Friedrichshain-Kreuzberg; Karl C. Fischer, Köln; Heinke Först AfA Charlottenburg-Wilmersdorf; Henning Frey, Köln-Lindenthal, GEW; Michael Frischkorn, AfA Bezirksvorstand Hessen-Süd; Dirk Frohne, AfA Landesvorstand NRW; Gerald Fuhr; Thomas Gelder, stv. Betriebsratvorsitzender Meyer-Werft Papenburg; Harald Georgil, Friedrichshain-Kreuzberg; Jürgen Göppner, Bezirksgeschäftsführer Ver.di Mittelfranken; Dr. Barbara Grassel, Stadtverordnete Hofheim/Taunus; Stefan Graus, stv. Juso-Vorsitzender Saar; Jan Griebmann, Charlottenburg-Wilmersdorf; Bernd Groeger, Vorsitzender AfA Kreisverband Lippe; Anna Gros; Burgunde Grosse, MdA Berlin; H. Grotzke, Spandau; Ralf Grünert, AfA Kreisverband Lippe; Eva Gürster, Ver.di NRW; Claus-Harald Güster, Gewerkschaft NGG; Stephan Haag, AfA Darmstadt; Anne Hansen, Mitglied im AfA-Bundesvorstand; Christian Haß, AfA-Landesvorsitzender Berlin; Patrick Hattenbach, Düsseldorf; Jürgen Häusler; Ruth Helling, Fremersdorf; Wendel Hennen, Köln; Birgit Hentjes, Charlottenburg-Wilmersdorf; Hermann Hibbeler, stv. Vorsitzender AfA Kreisverband Lippe; Ulrike Hiller, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft; Klaus Hirschfeld, Charlottenburg-Wilmersdorf; Peter Holldorf, AfA Bundesausschuss; Gerd Homm, AfA-Landesvorstand NRW; Dr. Bernd Hoppe; Ahmet Iyidirli, LPT-Delegierter; Benno Jacobs, Unterbezirksvorstand Düsseldorf; Florian Janik, Vorsitzender Stadtratsfraktion Erlangen; Jürgen Jentsch, MdL a. D., NRW; Michael Kaffanke, Spandau; Marcus Kaltwasser; Thomas Keller, AfA-Vorsitzender; Marcel Kempe; Mirco Kischkat, AfA Stadtverband Castrop-Rauxel; Uli Kissels, Köln-Lindenthal; Susanne Kitschun, MdA Berlin; Cansel Kiziltepe, Friedrichshain-Kreuzberg; Hilmut Kleebank, Spandau; Pascal Klein; Dr. Jens Klocksinn, MdL, Brandenburg; Friedrich O. Koch, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main; Thomas Köhler, Vorsitzender Ver.di Südwestfalen; Matthias Körner, DGB Hessen-Thüringen; Dr. Dietmar Köster, Landesvorstand NRW; Jan Kohlhaas, Juso-Landesvorstand Saar; Frank Kosteyn; Peter Kozlowski, Ver.di, Dortmund; Wilfried Kramps, MdL a. D.; Dirk Kratz, stellv. Juso-Landesvorsitzender RLP; Hansjörg Kretzschmar, AfA-Landesvorsitzender Sachsen; Peter Kreutler, AfA, Ver.di; Andreas Krüger, stv. Vorsitzender AfA Kreisverband Lippe; Gotthard Krupp, AfA-Landesvorstand, Berlin; Andrea Kühnemann, Lichtenrade; Melanie Kühnemann, Lichtenrade; Kevin Kühnert, Lichtenrade; Carsten Kurre, Bezirksvorsitzender des Sozialverbandes VdK-Nord; Helmut Kynast, Charlottenburg-Wilmersdorf; Winfried Lätsch, Gewerkschaft NGG; Uwe Lambinus, Vorsitzender AfA Main-Spessart und Miltenberg; Nicolaus Landgraf, Leiter der Region BW der IG Bau, Agrar, Umwelt; Manfred Lehmann, AfA-Landesvorstand; Walter Lehnert, Vorsitzender AfA Kreisverband Recklinghausen; Guido Lesch, 2. Bevollmächtigter IG Metall Völklingen; Fabian Löffler, Juso-Vorsitzender RLP; Hans Georg Lorenz, Spandau; Karl Lormess; Dagmar Losert, stv. AfA-Bezirksvorsitzende; Helmut Ludwig; Christine Luft, MdA a. D. Berlin; Bernd Maiweg, Gewerkschaftssekretär NGG Detmold-Paderborn; Rudolf Malzahn, stv. AfA-Vorsitzender; Willi Marx, Landrat Gießen; Oliver Maschino; Andreas Meyer-Lauber, GEW-Landesvorsitzender NRW; Pitt Meyer, Personalratsvorsitzender Stadt Dortmund; Doris Michels; Klaus Michels; Klaus Möller; Tesse Mollenhauer, Friedrichshain-Kreuzberg; Bruno Mortagne; Jürgen Müller, Tempelhof; Magret Nagel; Adele Neuhoff, AfA Düsseldorf; Werner Neuhoff, AfA Düsseldorf; Bruno Neurath-Wilson, Düsseldorf; Miriam Noa, Friedrichshain-Kreuzberg; Karl Nolle, MdL Sachsen; Peter Nowack, stv. Gesamtbetriebsratvorsitzender DB; Herbert Nowak, AfA Darmstadt; Lars Oberg, Schöneberg; Raife Öksüz, AfA Düsseldorf; Kemal Önel, Köln-Lindenthal; Robert Oppenheim, Spandau; Adi Ostertag, MdB a. D.; Markus Paschke, DGB-Regionsvorsitzender Ostfriesland-Emsland; Paul Paternoga, AfA-Landesvorstand NRW; Wendy Penk; Reiner Perivolaris, Charlottenburg-Wilmersdorf; Elena Pieper; Ulla Pingel, Ver.di, Gewerkschaftsrat; Benno Pörtner; Volker Prasuhn, AfA-Landesvorstand; Hans Preißl; Kalle Probst, Mitglied im AfA-Bundesausschuss; Oliver Rath; Horst Raupp, stellv. AfA-Bezirksvorsitzender; Jacqueline Rauschkolb; Martina Reichhardt, Friedenau; Dirk Rekau, Gewerkschaft NGG; Klaus Reuter, Vorsitzender DGB Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein; Irmis Reutter; Ernst Richter, DGB Mittelhessen; Andreas Rimkus, Vorsitzender AfA, Düsseldorf; Martin Rockel, Bochum-Hamme; H. Peter Rose, Gelsenkirchen; Karsten Rothe, Geschäftsführer Gewerkschaft NGG Münsterland; Tim Rozenski; Cetin Sahin, Berlin; Andreas Schapper; Christine Scherg, Lohr; Gerline Schermer, Friedrichshain-Kreuzberg; Gaby Schiller, Spandau; Eric Schley; Heiko Schmale; Bernd Schmees, Betriebsratvorsitzender Salamander Papenburg; Petra Schmidt, AfA-Bezirksvorsitzende Hessen-Süd; Birgit Schöller, Friedrichshain-Kreuzberg; Fritz Schösser, MdB a. D.; Andro Scholl, stellv. Juso-Landesvorsitzender RLP; Dieter Schormann, Geschäftsführer NGG, Düsseldorf; Niklas Schrabbe, Friedrichshain-Kreuzberg; Mechthild Schratz, Ver.di Bezirksgeschäftsführerin Niederrhein; Klaus Schröder; Harald Schuck; Werner Schuh, stellv. AfA-Vorsitzender Sachsen; Jürgen Schulte, AfA Kreisverband Recklinghausen; Swen Schulz, MdB; H.-W. Schuster, Vorsitzender AfA Düsseldorf; Wolfgang Schuster, Landrat Lahn-Dill-Kreis; Franz-Josef Schwarzenberg, AfA Kreisverband Recklinghausen; Gisela Seels, Charlottenburg-Wilmersdorf; Michael Seemann, AfA Kreisverband Recklinghausen; Axel Seltz, Schöneberg; Joachim Sensebusch, Hamm-Süden; Ralf Serfling, Betriebsratvorsitzender Stadtwerke Dortmund; Regina Sevecke, Ver.di; Inge Siebert, Schöneberg; Beate Sieweke, Vorsitzende der AfA Düsseldorf; Markus Skibinski, AfA Münster; Ulrike Sommer, Spandau; Kathrin Sonnenholzner, MdL Bayern; Wolfgang Spanier, MdB; Marina Spillner, Düsseldorf; Martin Spreng, DGB-Regionalvorsitzender Mittelbaden; Heinz Stapf-Fine, Neukölln, DGB-Bundesvorstand; Wilfried Stockhaus, Dortmund; Barbara Stolterfoht, Ministerin a. D.; Dietrich Termöhlen, 1. Bevollmächtigter IG-Metall Leer/Papenburg; Brünette Tesch, Spandau; Ingo Thaidigsmann, IG Bau; Dr. Otto Theonißen, Dortmund; Sebastian Thul, Juso Landesvorsitzender Saarland; Olaf Timmermann, Steglitz-Zehlendorf; Gisela Uhr; Hubert Uhr; Barbara Venator, AfA Köln; Franz-Josef Venzke, 1. Bevollmächtigter; Transnet, Düsseldorf; Karl Vittinghoff, stellv. AfA-Vorsitzender der Betriebsgruppe TKS; Martin Volkenrath, Ratsherr in Düsseldorf; Günther Wachholz, AfA Bundesvorstand; Jürgen Wechsler, 1. Bevollmächtigter der IGM Nürnberg; Ferdi Weckmüller; Barbara Wehling; Prof. Cornelius Weiss, Fraktionsvorsitzender a. D. Landtag Sachsen; Hartmut Wellsow, Gewerkschaftssekretär a. D.; Monika Wernecke, Frauenbeauftragte, Ver.di; Herbert Wernecke, Ver.di; Adrian Wernecke, Ver.di; Gustav Wilden, Bezirksgeschäftsführer Ver.di, Düsseldorf; Martin Wilhelm; Sven Wingerter; Janis Winzer; Alfons Wobbeler, AfA-Vorsitzender Weser-Ems; Dr. Wolfgang Wodarg, MdB; Alexander Wuttke, Dortmund; Hans-Joachim Zimmer, Ver.di, Berlin; Burkhard Zimmermann, Berlin; Robert Zink, Friedrichshain-Kreuzberg; Hermann Zoller, Schwaikheim; Axel Zutz, Friedrichshain-Kreuzberg

**und weitere Genossinnen und Genossen.**